

Bräuereiarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in der Getränke-Industrie
Publikationsorgan des Zentralverbandes deutscher Bräuereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Bezugspreis vierteljährlich 2,10 Mk., unter Kreuzband 2,70 Mk.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Lichtenberg-Berlin
Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schilderstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis:
die sechspaltige Kolonelleile 40 Pfg., für Mitglieder 30 Pfg.
Schluß für Inserate: Montag Mittag 12 Uhr.

Künstliche Teuerung!

Wir wissen aus früheren Zeiten, da das Kapital noch Handelskapital war und seine Zusammensetzung aus Raub und Wucher offen auf der Stirn trug, daß die holländischen und englischen Kolonialgesellschaften große Mengen Gewürze verbrannten, um ihre Preise hochzuhalten. Die Industrie brachte einen anderen Grundsatz auf: die billige Ware, den Massenabsatz. Das Geschäft erwies sich als vorteilhafter. Aber im 20. Jahrhundert kehrt das Kapital zu seinen alten Methoden zurück. Die Preisstreiber sind in vollem Gange. Durch ein ausgeklügeltes System von Schutzzöllen werden die Waren planmäßig verteuert, durch Kartelle werden sie „hochgehalten“, durch förmliche Verschönerungen auf der Börse wird der Preiswucher organisiert. Und nun sehen wir, daß das Kapital zu seiner alten Methode zurückkehrt — der Vernichtung von Konsumartikeln.

Die brasilianische Regierung hat in Aussicht genommen, und ihr europäisches Gläubigerkomitee hat diesem Plan zugestimmt, den zehnten Teil der in Brasilien angesammelten Kaffeevorräte zu verbrennen. Es soll damit eine Preissteigerung des Kaffees erzielt werden, da Brasilien den weitaus größten Teil des Kaffees für den Weltmarkt liefert.

Der Vorgang ist interessant schon wegen der charakteristischen Weltzusammenhänge des modernen Kapitals. Die Kaffeevorräte sind Privateigentum der brasilianischen Pflanzler. Und wer verfügt über sie? Die brasilianische Regierung. Von wem hängt die Gültigkeit des Beschlusses ab? Von einem europäischen Bankkonzern. Und auf wessen Kosten wird das Geschäft gemacht? Auf Kosten der europäischen Konsumenten!

Die äußere Veranlassung dieser töllen Maßregel ist das Sinken der Kaffeepreise. Wie kam es dazu?

Die brasilianischen Kaffeepflanzungen beruhen auf Sklavenarbeit. Es war eine elende Negerschinderei — so groß, daß die Pflanzungsbesitzer überzeugt waren, freiwillig würden sie nie die genügende Anzahl Arbeiter erhalten können. Lange Jahre verstanden sie es, die Aufhebung der Sklaverei zu hintertreiben. Erst 1871 kam es zu einem Gesetz über die „Freiheit des Mutterleibes“, das heißt die Neugeborenen sollten nicht mehr Sklaven sein. Die Grundbesitzer setzten es aber durch, daß diese Neugeborenen bis zu ihrem 21. Lebensjahre unter ihrer Vormundschaft verbleiben sollten. Obwohl sie frei geboren wurden, blieben sie also doch Sklaven. Nur 1888 wurden die letzten Sklaven in Brasilien freigegeben — es waren ihrer noch immer 700 000. „Jede Hoffnung, eure Kulturen (Kaffeekulturen) zu wahren, ist nunmehr verloren“ — rief dazu ein brasilianischer Landjunker im Parlament. Es wurde aber ganz anders. Die Kaffeeproduktion Brasiliens, die 182 500 Tonnen im Jahre 1870, dann 330 000 Tonnen im Jahre 1880 betrug, stieg auf 490 000 Tonnen im Jahre 1890 und erreicht jetzt fast eine Million Tonnen jährlich. Wie wurde das ermöglicht?

Die Negers verließen tatsächlich die Plantagen; sie kannten das Land und siedelten sich deshalb in den Wäldern an, wo sie ein arbeitsreiches, aber unabhängiges Dasein führen. Doch an Stelle der Negers kamen die Weissen. Sie kamen freiwillig und in Scharen. Es war der große Zug europäischer Auswanderer. Die Einwanderung nach Brasilien war in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts rund 3000 Personen jährlich, 1855—1885 dagegen 16 000 und von 1888—1892 sogar 98 415 im Durchschnitt jährlich! Die Plantagen füllten sich mit Arbeitern, die Grundbesitzer hatten keine Sorge.

Die Kaffeepflanzungen sind wahre Latifundien. Die Arbeiter werden in ganzen Familien angeheftet, wobei die gesamte Familie Arbeit leisten muß. Ein Reisender, der jene Gegenden in den 90er Jahren besuchte, sagte seine Eindrücke wie folgt zusammen: „Das Personal, das zu den landwirtschaftlichen und industriellen Arbeiten der Latifundie gebraucht wird, umfaßt Hunderte von Familien, die in Dörfern wohnen, deren gewöhnliches Aussehen an die schlimmen Tage der Sklaverei erinnert.“ Dagegen erwiesen sich die Lohnsklaven aus dem zivilisierten Europa — es sind meistens Italiener — viel intelligenter, als die Negers Afrikas, und ermöglichten deshalb die weitgehende Anwendung des maschinellen Betriebes. Die Ernten stiegen, die Produktionskosten des Kaffees sanken.

Doch dieselben europäischen Verhältnisse, die den brasilianischen Pflanzungsbesitzern billige Arbeitskräfte lieferten, verhinderten es, daß der europäische Kaffeekonsum den steigenden brasilianischen Ernten folgen konnte. Obwohl die kapitalistische Ausbeutung der Bauernfamilie die Milch entzog, um sie an die Molkerei abzuliefern, und sie durch einen Kaffeegaß ersehte, obwohl man in der Arbeiterhaushaltung die Milch überhaupt nur noch als Zärbungsmittel für den Kaffee kennt, obwohl für die Ladnerinnen, Fabrikmädchen und oft für den erwachsenen Arbeiter der Kaffee das Mittagmahl ersetzte, so mußte man doch auch an dem Kaffee sparen, und es fanden sich auch noch für diesen Ersatz eines Nahrungsmittels durch ein Heizmittel billigeres Surrogat, die zum Teil sogar nahrhafter sind; das billigste ist freilich der Wasseraußguß, der auch reichlich angewandt wird. Ueberdies wurde der Kaffee auch anderorts gepflanzt, zum Teil durch europäische Auswanderer, an denen es nirgends fehlt, zum Teil durch angelegerte Eingeborene. Und ein übriges geschah durch die Kaffeegasse, die die Entwicklung des Konsums hemmten.

Um die Kaffeepreise hochzuschrauben, schuf man in Brasilien ein Handelsmonopol und eine Kontingentierung der Kaffeerausfuhr, so daß nur eine bestimmte Quantität jährlich ausgeführt werden durfte. Die europäischen Banken halfen mit, den Preiswucher zu organisieren, indem sie der brasilianischen Regierung Geld vorstießen und sich dafür die Kaffeevorräte ver-

pänden liehen. Allein es half nichts. Die Opulenz der Kaffeereute ist zu groß, und die Armut der Massen in Europa ist noch größer. Man konnte die Preise nicht in dem gewünschten Maße in die Höhe bringen, und die Pflanzler klagen — gerade so, als wären sie deutsche Agrarier. Deshalb entschloß man sich jetzt zu einer radikaleren Maßnahme und will den Kaffee verbrennen.

Das sind die allgemeinen kapitalistischen Zusammenhänge. Nun kommen noch besondere deutsche Verhältnisse, die uns ja erst recht interessieren.

Die brasilianische Regierung ist jetzt daran, ihren Zolltarif zu ändern. Sie will Zollerhöhungen einführen. Die Kaffeerausfuhr ist aber für Brasilien eine Kardinalfrage, von der alles abhängt. Darum hat Brasilien den Vereinigten Staaten einen Vorzugstarif gewährt, weil diese den Kaffee frei einführen lassen. Man könnte also auf diesem Wege von Brasilien Zollermäßigungen erlangen, es bietet auch solche an. Dagegen gibt es in Deutschland für den Kaffe Zoll auch nicht den Schein einer handelspolitischen Rechtfertigung: der Kaffeemacht hier keinem Landesprodukt Konkurrenz. Dennoch besteht der Zoll. Er betrug erst 24 Mk. pro 100 Kilogramm, wurde dann auf 30 Mk., auf 35 Mk. gesteigert und beträgt gegenwärtig 40 Mk. Jetzt soll er noch weiter gesteigert werden, obwohl der Kaffe schon jetzt um mehr als die Hälfte seines Wertes durch den Zoll verteuert wird. Man belastet also den deutschen Konsumenten und stört auch noch dadurch das Handelsverhältnis zu Brasilien, das man in die Arme des gefährlichsten Konkurrenten in Südamerika und auf dem Weltmarkt wirft. Der deutsche Kaffe Zoll bringt den Amerikanern mehr Nutzen, als ihre eigenen Industriezölle: denn der Industrie kommt es vor allem auf den Absatz an, den findet sie im reichen Brasilien und erweitert dadurch überhaupt ihren Handelsverkehr mit Südamerika.

Aber freilich, die Reichsregierung braucht Steuern und Zölle, um Panzerflotten zu bauen!

Die Arbeiter auf den Plantagen werden bis aufs Blut ausgebeutet, ein Konsumartikel wird vernichtet — es sollen fast eine Million Säcke Kaffee, 60 Kilogramm jeder Sack, zu Asche gebrannt werden — das alles geschieht, um die Plantagenbesitzer in Brasilien und die Banken in Europa zu bereichern; die Konsumenten zahlen Steuern, das Reich rüstet zum Krieg! Das sind die Zustände, unter denen wir leben. Das ist die kapitalistische Welt. Das ist die Herrlichkeit des Reichs, für die man sich mit den Engländern oder Franzosen oder wem auch sonst gegenseitig abtöten soll!

Zum Lohnkampf in Mainz und Umgegend.

Dr. Schurgens, der Syndikus der Mainzer Bräuereiarbeitervereinigung, scheint von dem besonderen Schicksal verfolgt zu sein, daß er alles falsch auffaßt und alles vergißt, was seinen Zwecken als Vertreter der Interessen der Bräuereien nicht dienlich ist. Diese fonderbare Gedächtnischwäche hat sich schon zu Anfang der Bewegung gezeigt und nimmt, wie es scheint, immer größere Dimensionen an. Wir haben schon zu Anfang des Lohnkampfes die Gedächtnischwäche des Herrn Dr. Schurgens zu bewundern Veranlassung gehabt, als wir ihm nachzuweisen gezwungen waren, daß die Bräuereiarbeiter entgegen der Behauptung des Dr. Schurgens schon im November vorigen Jahres die Lohnfrage bis zur Erledigung der Brauereier zurückstellen wollten. Wissen konnte dieses eigentlich auch Dr. Schurgens, da ihm selbst das betreffende Schriftstück zugestellt wurde. In diesem Falle befindet er sich allerdings in guter Gesellschaft mit sämtlichen Bräuereien von Mainz und Umgegend.

Vorige Woche mußten wir wieder Dr. Schurgens' falsche Behauptungen zurückweisen, daß die Zentralleitung der Bräuereiarbeiter in Berlin sich dähingehend geäußert habe, daß es sich zurzeit nur um eine Verständigung über die Bezahlung der Sonntagsarbeit in den Mainz-Gr.-Gerauer Streitigkeiten handele und daß die Vertreter der Bräuereiarbeiter einen obligatorischen Arbeitsnachweis für die Angehörigen ihres Verbandes fordern. Im ersten Fall „konstatiert“ Dr. Schurgens „Widersprüche“ zwischen der Zentralleitung der Bräuereiarbeiter und den Vertretern der streikenden Bräuereiarbeiter. Das kann man sich leicht machen, wenn man etwas Unrichtiges behauptet. Diesen unrichtigen Behauptungen reihte Dr. Schurgens bei gleicher Gelegenheit noch weitere an. In dem „Zur Aufklärung der Öffentlichkeit“ betitelten Inserat, das einen Brief an die Zahlstelle Mainz unseres Verbandes enthält und in dem die oben wieder-gegebenen unrichtigen Behauptungen enthalten sind, schreibt Dr. Schurgens auch, daß in der Verhandlung die Vertreter der Streikenden sämtliche Forderungen wieder aufgestellt hätten. Dr. Schurgens verschweigt hierbei die wesentliche Tatsache, daß die Forderungen erheblich reduziert wurden. Weiter behauptet Dr. Schurgens entgegen den Tatsachen, daß die Wirtskommission den Friedensvorschlag gemacht hätte, „eine Entschädigung der bisher im Wochenlohn einbezogenen Sonntagsarbeitsstunden einzutreten zu lassen“. Die Wirte haben überhaupt keinen Vorschlag gemacht. Bei solcher Berichterstattung seitens des Syndikus der Mainzer Bräuereiarbeiter an die Öffentlichkeit wird eine ersprießliche Verhandlung immer mehr unmöglich, weil das Vertrauen in die Objektivität und Wahrhaftigkeit der Unternehmer und ihrer Vertreter vollends schwinden muß. Man wird uns darin beipflichten, wenn wir noch die Tatsache anführen, daß nach der ersten unverbindlichen Aussprache Dr. Schurgens ohne Wissen der Arbeitervertreter ein Protokoll verfaßte und dies von einigen seiner getreuen Wirte unterzeichnet ließ, das Unrichtigkeiten enthält. Bei der zweiten Unterhandlung weigerte

sich vorerst Dr. Schurgens gegen eine gemeinsame Abfassung und Unterzeichnung des Protokolls. Er holte sich zu diesem selbstverständlichen Akt erst die Zustimmung der Bräuereien, und schließlich stellte Dr. Schurgens doch Behauptungen entgegen dem Inhalt des von ihm unterzeichneten Protokolls auf.

Der Nachwelt erhalten zu werden verdient auch folgendes Argument des Dr. Schurgens als Beweis, daß die streikenden Bräuereiarbeiter im Unrecht sind:

„Dem Friedensvorschlag der Wirte (der in Wirklichkeit nicht existiert. D. Red.) hat sich inzwischen der einen sehr erheblichen Teil der hiesigen Bräuereiarbeiter umfassende „Bund deutscher, österreichischer und schweizer Brauereigerellen“ angeschlossen, indem er darauf hinwies, daß der ohne seine Schuld in die Streitigkeiten hineingezogene zumeist geschädigte Wirtestand seine Sympathie verdiente und daß er in erster Linie aus diesem Grunde sich dem Wirtsvorschlag hinsichtlich der Regelung der Sonntagsarbeit anschloß.“

Wenn der „Bund“ eine solche Erklärung abgegeben hat, dann hat er lediglich sein arbeiterverräterisches Treiben im hellsten Lichte gezeigt. Mit dem von bessere Verhältnisse auch für die Bundesmitglieder kämpfenden Kollegen hat der „Bund“ keine Sympathie, nachdem aber die Kollegen im Kampf stehen und im Ausstand sind, entdeckt der „Bund“ auf einmal seine Sympathie für die geschädigten Wirte, die doch lediglich infolge der abweisenden Haltung der Unternehmer, gestützt auf denselben „Bund“, in diese Lage geraten sind. Nichts weiter als eine moralische Maulschelle für den „Bund“ bedeutet diese Erklärung des Dr. Schurgens. Bei Ausbruch des Kampfes konnte er sich darauf berufen, daß der „Bund“, entgegen den bösen Verbändlern, sich mit der Vertagung der gesamten Forderungen bis nach Erledigung der Brauereierfrage einverstanden erklärt habe. Nun, nachdem der Kampf ausgebrochen und schon teilweise Erfolge erzielt, erklärt sich der „Bund“ wiederum mit dem von uns durch Kampf Erzielten einverstanden; er begnügt sich damit lediglich aus Sympathie für die Wirte. Und wenn dann weitere Erfolge erzielt sind, dann wird es wieder der „Bund“ sein, der dem „zustimmt“. So schwärmt man sich durchs Leben und macht inzwischen den Streikbrecher. Aber die Erklärung des Dr. Schurgens wirkt mehr als komisch, wenn wir an die Tatsache erinnern, daß von den 60 Bundesmitgliedern zwei Drittel Vorderburgen mit hohen Löhnen sind, für welche die Lohnbewegung nicht brennend ist, daß die unter Tariflohn arbeitenden Bundesmitglieder von den Vorderburgen bei der damaligen Erklärung überhäufelt und terrorisiert wurden, wie es dieses Mal auch wieder der Fall sein wird; und wenn wir weiter feststellen, daß in der Mainzer Aktienbrauerei neben sieben Vorderburgen ein einziger Bundesgenosse, der im Tariflohn beschäftigt wird. Das ist für Dr. Schurgens „ein sehr erheblicher Teil der hiesigen Bräuereiarbeiter“.

Die Finten werden nichts helfen, und auch der „Bund“ wird den Herren dieses Mal nichts nützen, so sehr er sich auch bemüht, ihnen behilflich zu sein.

Die Tarifverträge in Oesterreich.

Unter obigem Titel läßt die Reichsgewerkschaftskommission in Oesterreich eine vom Genossen Julius Deutsch verfaßte Schrift erscheinen, welche neben einer Abhandlung über den Begriff und das Wesen des Tarifvertrages, sowie über dessen geistliche Entwicklung ein klares Bild über den Umfang und die Verbreitung der Tarifverträge in Oesterreich gibt. Sieht man von der Arbeit des reichsstatistischen Amtes in Deutschland, die freilich viel umfangreicher ist, ab, so ist die Deutsche Schrift die erste zusammenfassende Darstellung dessen, was die Gewerkschaften auf dem Tarifgebiet geleistet haben. Mit Geschick und Sachkenntnis verstand Genosse Deutsch, das ihm zur Verfügung stehende Material zu sichten und für jeden Laien in leicht faßlicher und verständlicher Form zusammenzustellen.

Etwas später als in Deutschland setzte in Oesterreich das Westreben, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich zu regeln, ein. Damit soll jedoch keineswegs gesagt sein, daß dies für alle Berufe zutrifft, denn, wie Genosse Deutsch in seiner Schrift nachweist, haben die Wiener Buchdrucker die Anerkennung eines Tarifvertrages bereits im Jahre 1848 kraft ihrer Organisation durchgedrückt; weiter haben die Lederarbeiter anfangs der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts schon einen Tarifvertrag vereinbart. Ihnen folgten mit Tarifabschlüssen im Jahre 1898 die Wiener Buchbinder, ein Jahr später, die Wiener Schwarzbäcker, ferner die Schuhmacher. Klare Stellung zu den Tarifverträgen nahmen in Deutschland die Gewerkschaften auf dem im Jahre 1899 in Frankfurt a. M. stattgefundenen Gewerkschaftskongress, der sich für Abschluß von Tarifverträgen entschied. Die gleiche Stellung nahm der ein Jahr später in Wien tagende österreichische Gewerkschaftskongress ein, in dem dort angenommenen Antrag heißt es unter anderem:

„Der dritte österreichische Gewerkschaftskongress erklärt im Prinzip die Tarifgewerkschaften als die Anerkennung des Rechts der Arbeiterorganisationen, auf den Preis der Ware „Arbeit“ mitbestimmend zu wirken.“

Während in Deutschland bereits vor dem Kongress im Jahre 1899 die Gewerkschaften stark genug waren, um Tarifverträge abzuschließen, bezw. für die Einhaltung abgeschlossener Verträge Garantie boten, vermochten die österreichischen Arbeiterorganisationen nicht sogleich die gefassten Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Erst nach dem Streik der Wiener Konfektionsarbeiter im Jahre 1903 wurde die Bahn für die Entwicklung des Tarifvertrages frei. Der Streit endete mit Abschluß eines Gruppen-tarifvertrages; es wurden zirka 3000 Arbeiter von ihm erfaßt.

Im gleichen Jahre kam es noch zu Tarifabschlüssen in der Gut- und in der Metallbranche.

Genosse Feinich nimmt in seiner bearbeiteten Schrift unter den Tarifverträgen eine Dreiteilung vor und unterscheidet solche Verträge, welche nur mit einer Firma vereinbart wurden, und nennt diese Firmentarifverträge; solche in der Haupt- sache gleichlautenden Verträge, welche nacheinander von ein und derselben Organisation mit verschiedenen Firmen abgeschlossen wurden, bezeichnet er als Gruppen-tarifverträge, während er alle jene Verträge, welche von einer Organisation zu Organisation vereinbart wurden und mehrere oder alle Firmen einer Branche innerhalb eines Landes oder Bezirkes umfaßt, mit dem Namen Kollektivverträge belegt.

Wird auch kein genaues Bild darüber gegeben, wieviel zurzeit Tarifverträge in Oesterreich gültig sind, so liefern die Zahlen, die Genosse Feinich in seiner Broschüre wiedergibt, doch einen untrüglichen Beweis von der fortschreitenden Ausbreitung der Tarif- verträge. Auf die einzelnen Jahre verteilen sich die verschiedenen Arten der Tarifverträge sowie die je davon erfaßten Personen folgendermaßen. Es wurden vereinbart:

In den Jahren	Kollektiv- verträge	Mit be- teiligten Personen	Gruppen- tarif- verträge	Mit be- teiligten Personen	Firmen- tarif- verträge	Mit be- teiligten Personen
vor 1904	13	20 222	4	3 268	20	1 171
1904	22	61 614	12	4 855	41	8 072
1905	49	43 958	59	15 397	184	28 247
1906	136	152 347	128	31 559	258	34 078
1907	147	80 428	171	64 278	409	48 058
Summa	367	358 560	374	100 352	867	121 426

Es umfassen demnach die 1598 vereinbarten und bearbeiteten Verträge insgesamt 589 347 Personen.

Die einzelnen Arten der vereinbarten Tarifverträge partizi- pieren nicht in gleichem Maße an der Zahl der Gesamtabschlüsse. Von je 100 abgeschlossenen Verträgen waren

In den Jahren	Kollektivverträge	Gruppentarifverträge	Firmentarifverträge
vor 1904	35,1	10,9	54,0
1904	29,3	16,0	54,7
1905	20,2	24,4	55,4
1906	20,8	24,7	49,0
1907	20,2	28,6	50,2

Diese Vergleichszahlen erweisen auf den ersten Blick den An- schein, als ob in Oesterreich allgemein der Firmentarifvertrag seine anschlüssigste Rolle beanspruchen wolle. Dies trifft nicht zu, denn die Kollektivverträge und die Gruppentarifverträge zusammen er- fassen 79,1 Proz. aller Arbeiter, für welche tariflich geregelte Ver- hältnisse bestehen.

Vor dem Jahre 1904 wurden in Oesterreich nur insgesamt 37 Tarifverträge vereinbart und verteilen sich diese auf die ein- zelnen Berufe wie folgt: Bäcker 1, Buchdrucker 2, Metallarbeiter 6, Schuhmacher 2, Lederarbeiter 10, Mühlenarbeiter 1, Pfisterer 1, Schneider 7, Schuhmacher 4, Zeitungsetzer 3 Verträge.

Nach Ländern geordnet nehmen Wien und Niederösterreich den größten Teil abgeschlossener Verträge in Anspruch, in ziemlich großem Abstand folgt Böhmen, alsdann Mähren.

Als Kontrahenten treten wie in Deutschland auch in Oester- reich in erster Linie die Gewerkschaften auf. Von 1598 insgesamt abgeschlossenen Tarifverträgen hatten 1539 die Gewerkschaften auf

Arbeiterseite zum Kontrahenten. Auf Unternehmerseite wurden 1295 Einzelunternehmer und 287 Unternehmerorganisa- tionen als Vertragschließende festgestellt. 243 Tarifverträge kamen durch Vermittelung behördlicher Organe zum Abschluß. Daß auch in Oesterreich die Unternehmervereinigungen zukünftig mehr in die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingreifen werden, zeigen uns nachstehende Ziffern. Unternehmerorganisa- tionen traten als Kontrahenten auf bei Tarifabschlüssen in den Jahren

vor 1904	1904	1905	1906	1907
6	20	19	71	181 mal.

Was die Dauer der österreichischen Tarifverträge anlangt, ist die längste Tarifvertragsdauer beträgt 8 Jahre und bezieht sich auf den im Jahre 1905 vereinbarten Kollektivvertrag der Buchdrucker. Ein Vergleich der abgeschlossenen Tarifverträge während der ein- zelnen Jahre läßt auch erkennen, daß die kurzfristigen Tarifver- träge — als solche bezeichnen wir alle Verträge mit einer Dauer von 3 Jahren und darunter — im Zunehmen begriffen sind, sie betragen vor 1904 25 Proz., 1904 65,1 Proz., 1905 71,2 Proz., 1906 87,7 Proz., 1907 80 Proz. aller abgeschlossenen Verträge. Eine Stundungsfreiheit weisen nur 511 Verträge — gleich 32 Proz. — auf.

Angaben über die Höhe der Arbeitslöhne enthalten 1485 Tarifverträge festgelegt. Es ist vorgesehen eine tägliche Ar- beitszeit von

unter 8 Std.	8-9 Std.	9-10 Std.	über 10 Std.	keine Angaben sind gemacht
7	837	784	103	277
diese erfassen insgesamt Arbeiter				
4714	130 879	312 038	47 002	88 714

Inwiefern die Tarifverträge Bestimmungen über die Art und die Höhe der Vergütung für Heberarbeit, Sonntagsarbeit und Nachtarbeit enthalten, gibt uns folgende Zusammenstellung Aus- kunft. Es enthalten hinsichtlich der

keine Bestimmungen	Heberstunden	Nachtarbeit	Sonntagsarbeit
Verbot von Heberarbeit . . .	886	1304	1110 Verträge
Erlaubung nach den Sätzen des Lohnes	10	—	35
Höhere Entlohnung	915	216	458

Bestimmungen über verkürzte Arbeitszeit bezw. früheren Ar- beitslohn an Sonnabenden weisen 408 Tarifverträge auf. Die verkürzte Arbeitszeit schwankt zwischen 1 bis 5 1/2 Stunden. Diese Bestimmungen ist eine ausschließliche Errungenschaft der Gewerk- schaften, ihr Vorteil für die Arbeiter tritt um so mehr in die Er- scheinung, wenn man berücksichtigt, daß durch diese Verkürzung der wöchentlichen Arbeitsdauer ebensowenig eine Lohnföhrung eintrat, als wie dies dort der Fall war, wo eine Verkürzung der tägliche n Arbeitszeit durchgeführt wurde.

Die volle Würdigung der Gewerkschaftsarbeit kommt erst durch den Nachweis, in welchem Maße durch Abschluß von Tarifverträgen Verbesserungen für die davon erfaßten Arbeiter durchgeführt wurden, zum Ausdruck. Leider beschränken sich diese Nachweise nur auf die Verkürzung der Arbeitszeit und nur auf einen Teil der bearbeiteten Verträge. Diese Ergebnisse der Arbeit des Ge- nossen Feinich sind zu interessant, daß wir sie unseren Kollegen nicht vorenthalten können. Es treten durch die Tarifabschlüsse innerhalb der einzelnen Jahre folgende Verkürzungen der Arbeits- zeit pro Woche ein:

In den Jahren	Zahl der																		
	keine Angabe über Arbeitszeit- verkürzung		Unbekannte Verkürzung		Bis zu 3 Stunden		3-6 Stunden		6-9 Stunden		9-12 Stunden		12-15 Stunden		15-18 Stunden		18-24 Stunden		
	Ver- träge	Per- sonen	Ver- träge	Per- sonen	Ver- träge	Per- sonen	Ver- träge	Per- sonen	Ver- träge	Per- sonen	Ver- träge	Per- sonen	Ver- träge	Per- sonen	Ver- träge	Per- sonen	Ver- träge	Per- sonen	
vor 1904	32	23 169	—	—	3	1 495	2	52	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1904	54	57 164	—	—	6	966	8	4 166	1	65	2	6 450	1	400	1	80	2	6150	—
1905	103	27 932	—	—	47	25 948	72	30 039	7	1113	5	1 866	2	81	3	914	3	159	—
1906	227	74 936	8	3183	116	87 046	119	45 748	21	2774	15	3 107	1	37	3	398	7	755	—
1907	295	70 464	1	38	229	81 754	133	25 722	30	8405	33	1 915	1	19	4	257	1	90	—
Summa	711	253 725	9	3221	401	197 149	334	105 727	50	7857	55	12 828	5	537	11	1649	13	7154	—

Es ließe den Effekt dieser Zahlen nur abschwächen, wollten wir sie mit besonderem Kommentar belegen.

Nur über die Freigabe des 1. Mai, über Kündigungsfreien des Arbeitsverhältnisses seitens der einzelnen Arbeiter und der Unternehmer, Sorderbestimmungen für Lehrlinge und Frauen, Fortzahlung des Lohnes bei Krankheiten und militärischen Dienst- leistungen, Urlaub usw. enthalten die österreichischen Tarifverträge gleich denjenigen in Deutschland gültigen Verträgen noch Bestim- mungen über sogenannte „Heberwachungsorgane“. Die Form dieser Heberwachungsorgane ist verschieden. Größere Organisationen mit Kollektivverträgen bilden entweder nach Ab- schluß der Verträge ständige Schiedsgerichte oder sie sehen bei vorkommenden Differenzen ein Schiedsgericht ein, während auf Grund der bearbeiteten Verträge anderer Organisationen die Or- ganisationsvertreter bei vorkommenden Differenzen zu Schieds- gerichten zusammenzutreten. Ueber die Zahl der Richter und über die Verfolg der fungierenden Richter dieser Schiedsgerichte weisen die Verträge die verschiedensten Normen auf. Insgesamt ent- halten 29 vereinbarte Verträge überhaupt Bestimmungen über Schiedsgerichte.

Ohne den Wert der Tarifverträge überschätzen zu wollen, können wir nicht umhin, unter Zugrundelegung der hier be- sprungenen Tarifverträge auf eine gesunde Entwicklung der öster- reichischen Gewerkschaftsbewegung zu schließen. Raumman- gels halber müssen wir auf eine nähere Beschreibung der Tarifentwic- lung in den einzelnen Gewerben verzichten. Auf die zeitens- ungenügende dortigen Arbeiterorganisation vereinbarten Verträge kommen wir jedoch in einem besonderen Artikel noch zu sprechen.

Der dänische Brauererarbeitenverband

Hielt in den Tagen vom 20. bis 23. Mai seinen siebenten Kongress in Kopenhagen ab und zwar in demselben Lokal, wo vor 11 Jahren die Gründung des Verbandes stattfand, im „Volkshuset“. Damals schlossen sich acht im Lande bestehende lokale Brauervereine zu dem das ganze Land umfassenden Verband zusammen, 1250 Mit- glieder zählten damals diese Vereine. Heute bestehen 46 Orts- vereine mit einer Mitgliederzahl von 3100.

In den 32 Brauerereien Dänemarks werden rund 4800 Per- sonen beschäftigt, alles in allem gerechnet, eigentliche Brauerer- arbeiten sind es etwa 3300. Und hieron sind 3100 organisiert, es ist deshalb auch kein Wunder, wenn sich die dänischen Brauerer- arbeiten durch ihre Organisation eine Position erobert haben, die materiell und ideell vorzüglich genannt werden darf.

Jahreslohn und Arbeitslöhne sind in Kopenhagen durch den Abschluß des Brauererarbeiten-Vertrages, dessen 31. am 1. Oktober dieses Jahres abgelaufen, 42 neue Tarife sind seit der letzten Gene- ralversammlung im Jahre 1907 abgeschlossen worden, 1700 Arbeiter wurden davon betroffen und erhielten infolgedessen eine Lohn- verbesserung von über 200 000 Kronen jährlich.

Die Arbeitszeit beträgt durchschnittlich in Kopenhagen 9 1/2, in den Provinzen 10 Stunden täglich, in den beiden den Arbeiterorganisationen gehörenden Brauerereien „Sjernen“ in

Kopenhagen und „Arbeiter-Brauerer“ in Aarhus ist die Arbeits- zeit auf täglich 9 Stunden festgesetzt.

Der Verband der dänischen Brauererarbeiten kann ob dieser Erfolge recht zufrieden sein, sind sie doch größtenteils errungen in einer Zeit daniederliegender wirtschaftlicher Konjunktur. Sämt- liche Tarife sind auf dem Wege friedlicher Uebereinkunft abge- schlossen, nicht ein Frennig brauchte für Konflikte oder für Maß- regelungen ausgegeben werden. Die Organisation wird durchweg von den Brauerereibesitzern als die natürliche Vertretung der Ar- beiterinteressen angesehen, mit ihr wird verhandelt in allen die Arbeiter angehenden Verhältnissen. Maßregelungen wegen Ein- tretens für Durchführung der Tarife oder wegen Agitation für die Organisation sind völlig ausgeschlossen. Tritt der Fall ein, daß sich Arbeitgeber auf der einen und die Organisation auf der anderen Seite nicht einigen, tritt das permanente Schiedsgericht zusammen, dessen Spruch man sich bis jetzt noch immer unter- werfen hat.

Daß die dänischen Brauererarbeiten einerseits so gut mit den Unternehmern auskommen, andererseits so vorgezeichnete Arbeits- und Lohnverhältnisse erzielt und so günstige Position erreicht haben, daß z. B. auch Maßregelungen wegen Agitation ausge- schlossen sind, erklärt sich auch durch den Umstand, daß sie mit einer gelben Streikbrecherorganisation, wie sie im Braugewerbe in Deutschland besteht, nicht zu rechnen haben, auch mit der Zersplitterung der Brauererarbeiten selbst nicht.

Bemerkenswert ist, daß die dänischen Brauerereien wohl selbst jetzt zusammengegeschlossen sind, aber den allgemeinen Arbeitgeber- bund gehören sie nicht an, obwohl man sich von dieser Seite recht große Mühe gegeben hat, sie zum Beitritt zu veranlassen. Die Brauerereibesitzer beurteilen die Tendenz des Arbeitgeberbundes, Klassenausperrungen der Arbeiter zu inszenieren, wenn in irgend einem Gewerbe Differenzen ausbrechen und sich die Arbeiter dem Willen der Unternehmer nicht fügen. Sie stehen vielmehr auf dem Standpunkte, daß Differenzen im Braugewerbe nur durch Angehörige des Berufs erledigt werden können. Und bisher haben sie noch stets Recht behalten.

Die diesjährige Generalversammlung war besucht von 52 Delegierten aus 28 Filialen, außerdem waren Vertreter der ver- wandten Organisationen aus Schweden erschienen und der ge- samte Hauptvorstand. Aus dem Bericht des Hauptvorstandes ging hervor, daß das Vermögen des Verbandes in den letzten beiden Jahren um etwa 20 000 Kronen gestiegen ist und am 1. Januar dieses Jahres etwa 112 000 Kronen betrug. Die Mitgliederzahl hat sich in der Berichtsperiode um rund 400 erhöht.

Der zweite Tag wurde ausgefüllt mit der Beratung über Statutenänderung. Beschlossen wurde u. a. die Anstellung eines Kassierers. (Wisher wurde das Amt des Kassierers in Neben- amt verwaltet.) Weiter wurde beschlossen, die Daten der Dele- gierten zu den Generalversammlungen nicht mehr aus der Haupt- liste zu zahlen, sondern durch die einzelnen Filialen. Der stopen- hager Filiale wurden zwei weitere Mitglieder zum Hauptvor- stand eingekannt, worunter aber ein weibliches Mitglied zu wählen ist. Im ganzen besteht nun der Hauptvorstand aus neun Personen. Ein wichtiger Beschluß war die Annahme des Antrages auf

gegenseitige obligatorische Unterstützung bei Streiks oder Aussperrung zwischen den Verbänden Däne- marks, Norwegens und Schwedens. Treten die Brauererarbeiten eines der genannten Länder in Streik oder werden sie von einer Aussperrung betroffen, so sollen die Organi- sationen der beiden anderen Länder verpflichtet sein, durch obli- gatorischen wöchentlichen Extrabeitrag (die Höhe wird bestimmt nach dem Umfange der Bewegung) die im Kampf befindende Organisation zu unterstützen.

Zum besafsten Vorsitzenden wurde Kollega Ole Sören- sen, zum Kassierer Kollega Carl Hansen gewählt. Als Ort der nächsten Generalversammlung 1911 wurde Aarhus gewählt. Direkt im Anschluß an die Verbands-Generalversammlung wurde die Generalversammlung der Arbeitsloseklasse der Brauererarbeiten abgehalten. Die Arbeitslosenklasse muß von der Verbandskasse getrennt geführt werden, weil erstere eine vom Staate anerkannte Klasse ist und von diesem und den verschiedenen arößeren Kommunen Zuschüsse erhält. Dies Verhältnis ist in fast allen dänischen Gewerkschaften so, nachdem der dänische Reichs- tag im Jahre 1907 die Unterstützung der Arbeitslosen durch den Staat gesetzlich geregelt hat. Der Staat und die Kommunen leisten nämlich denselben Beitrag zu den Arbeitslosenklassen als die organisierten Arbeiter selbst, deshalb verlangt das Gesetz eine selbständige Klassenführung. Natürlich ist die Verwaltung der Arbeitslosenklassen dieselbe wie die des Verbandes, nur hat hier das Gesetz dem Staate das Recht vorbehalten, durch einen Revisor die Klasse und deren Einrichtungen zu revidieren. Die Arbeitslosen und auch die Organisationen setzen sich gut dabei, denn erstere erhalten eine höhere Unterstützung und letztere wird besonders in der Zeit der wirtschaftlichen Krise nicht so hart in Mitleidenschaft gezogen. Bedingung für die staatliche Anerkennung ist ein je nach der Größe der Organisation zu hinterlegender Reservefonds. Für die Organisation der dänischen Brauererarbeiten ist derselbe 20 000 Kronen. An Arbeitslosenunterstützung sind im letzten Jahre etwa 3100 Kronen ausbezahlt worden.

Nach für die Arbeitsloseklasse der Brauererarbeiten soll die staatliche Anerkennung nachgehakt werden. In diesen Klassen ist das Verhältnis ebenso wie bei den Arbeitslosenklassen. Jedemfalls geht aus diesen Tatsachen hervor, daß in Dänemark der Staat mehr übrig hat für die Arbeiter als z. B. in Deutschland. Aber daß dies der Fall ist, ist die Frucht einer festen, straffen Organi- sation der Arbeiter, sowohl in gewerkschaftlicher als auch in poli- tischer Beziehung.

Das Jubiläum der Dreiklassenmach.

Aber es sind nicht nur die Interessen der Staatsarbeiter, die im preussischen Dreiklassenparlament von den Vertretern des Geld- jacks mit Füßen getreten werden, sondern die Interessen der Ar- beiterklasse überhaupt. Das beweisen drastisch die Verhandlungen über das neue Vergesetz. Das furchtbare Grubenunglück in Mad- bad, wobei mehrere hundert Grubenproletarier ein feuriges Grab in den Tiefen der Erde fanden, hat die Regierung endlich ge- zwungen, wenigstens etwas zur Beseitigung der erbitterten Vergarbeiter zu tun. Um, wie sich der preussische Handelsminister ausdrückte, „die Seelen der Vergarbeiter zurückzugewinnen“, soll das neue Vergesetz die Einrichtung von Sicherheitsmännern schaffen, die von den Arbeitern gewählt werden. Der letzte Vergarbeiterkongress, der in Berlin tagte und an dem auch die Ver- treter der Hirsch-Dunderschen und polnischen Organisationen teil- nahmen, hatte ebenfalls Arbeiterkontrollenre gefordert, aber solche, die unabhängig und vom Staate zu besolden wären, während nach dem neuen Vergarbeitergesetz sie als Arbeiter im Betrieb bleiben sollen. So schwebt über den Häuptern der Sicherheitsmänner jederzeit das Damoklesschwert der Maßregelung, so daß der von den Arbeitern gewollte Preis, die Erhaben einer wirklichen Kon- trolle unterworfen zu sehen, nicht erreicht wird. Die Regierung hat sich den Wünschen der geldgierigen Grubenherren wieder einmal gefügt. Aber auch das Zentrum hat wieder einmal die Interessen der Arbeiter verraten, indem es die Forderung der Besoldung der Sicherheitsmänner durch den Staat, also die Schaffung unabhängiger Vertrauensleute der Arbeiter, gleichfalls ablehnte.

Und ebensowenig, wie man den Forderungen der Vergarbeiter willfährte, hat man der seit langen Jahren und mit so großem Nachdruck erprobten Forderung der Bauarbeiter, von den Ar- beitern selbst gewählt, aus dem Arbeiterstand hervorgegangene Baukontrollenre anzustellen und aus Staatsmitteln zu besolden, Rechnung getragen. Das Leben und die Gesundheit der Arbeiter haben für die Regierung und die bürgerlichen Parteien nicht so viel Gewicht, ein paar mal hunderttausend Mark für ihren Schutz aufzuwenden! Die schädliche Spasmodik und die Rücksichtnahm- auf die Ausbeutungsinteressen des Unternehmertums sehen jeder wirklichen Sozialpolitik in dem Dreiklassenparlament unübersteig- liche Schranken!

Welch unbestehbaren Respekt die preussische Regierung vor den Ausbeuterinteressen der Kapitalistenklasse hegt, dafür noch ein anderer Beweis. Bei der Beratung des Justizgesetzes hatte der sozialdemokratische Redner zweimal die ja auch von den Gewerbe- inspektoren selbst lebhaft beklagte Praxis der Gerichte kriti- sirt, gegen Unternehmer wegen Uebertretung der Arbeiterschutz- bestimmungen selbst dann lächerlich geringfügige Strafen zu ver- hängen, wenn diese Unternehmer wegen solcher Uebertretung be- reits mehrfach bestraft sind. Der sozialdemokratische Redner forderte den Justizminister auf, doch auf die Staatsanwälte dahin einzuwirken, daß sie höhere Strafen beantragten. Der Justiz- minister antwortete auf die erstmalige Aufforderung des sozial- demokratischen Redners überhaupt nicht. Als unser Genosse den Justizminister bei der dritten Lesung des Staats wegen dieses Be- weises der Mißachtung gegenüber den Forderungen der Arbeiter- klasse energisch zur Rede stellte, bequeme sich der Minister endlich zu einer Antwort. Sie war freilich auch danach! Der Minister erklärte nämlich, daß er allerdings die Möglichkeit habe, in dem gewünschten Sinne auf die Staatsanwälte einzuwirken — aber darüber, ob er auch von dieser Möglichkeit Gebrauch machen werde, schwebt er sich vollständig aus! So sorgen preussische Minister für die Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen des Arbeiterschutzes.

Auch die Steuerpolitik des Dreiklassenparlamentes bezeugt die Rücksichtslosigkeit, mit der die Vertreter des Geldjacks dort ihre Interessen wahrnehmen und die der nichtbesitzenden Klasse schädli- gen. Um das Defizit zu decken, war eine Steuererhöhung not- wendig. Die Regierung schlug vor, die neuen Steuern durch Zu- schläge auf die Vermögenssteuer und die Einkommensteuer der höheren Einkommen aufzubringen. Sämtliche bürgerliche Parteien jedoch einigten sich dahin, die Zuschläge zur Einkommensteuer auch auf die proletarische Einkommen auszuweihen. Die Herren Dreiklassenparlamentarier rechtfertigten diese arbeiterschädliche Maßnahme da- mit, daß der Zuschlag ja nur gering sei. Als ob die Arbeiter nicht bereits durch indirekte Steuern und den Lebensmittelpreiserhöhung infolge der Fleisch- und Getreidezölle derartig belastet wären, daß man ihnen jede neue direkte Steuererhöhung hätte erparnen sollen! Zumal dem unter der Kräfte- jeuzerenden Proletariate ja 400 Mil- lionen neuer indirekter Reichsteuern drohen, während eine Hand- voll Kapitalisten allein in Preußen ihr Vermögen jährlich um 830 Millionen zu vermehren vermag.

So schaltet die besitzende Klasse im preussischen Geldjadparla- ment. Und so wird sie weiter schalten, wenn nicht die Arbeiter- klasse endlich Breche in das elendeste aller Wahlsysteme legt und für die Entsendung wirklicher Volksvertreter in das Abgeordneten- haus sorgt. Der Wahlsystem des preussischen Proletariates hat ja auch bereits der Regierung Zugeständnisse abgedrängt. Die Thronrede beschloß im Oktober vorigen Jahres feierlich eine Reform des Wahlrechts. Die bürgerlichen Parteien freilich tun nicht das geringste, um die Regierung zur raschen und ent- scheidenden Einlösung ihres Versprechens zu zwingen. Der Frei- sinn hat sich bei der letzten Wahlrechtsdebatte mit ein paar wohl-

seinen Medensarten beunruhigt und der Regierung obendrein verleiht, daß er auf die Einführung des Reichstagswahlrechtes in Preußen ja gar nicht zu hoffen wage, sondern mit der beschiedenen Abschlusssatzung zufrieden sei! Das Zentrum hat sogar gegen einen Antrag auf Neueinstellung der Wahlkreise gestimmt, obgleich die Standards Ungleichheit der Wahlkreise die Arbeiterklasse doppelt trifft und die agrarische Reaktion doppelt begünstigt!

Den wütenden Haß aller bürgerlicher Parteien gegen die Arbeiterklasse und ihre Vertreter beweist aber am schlagendsten der mehrfach brutale Gewaltstreik gegen die sozialdemokratische Fraktion: die Ungültigkeitserklärung von 4 der insgesamt 6 sozialdemokratischen Mandate Berlins. Unter dem jämmerlichen Vorwand, die Wahlen der 4 sozialdemokratischen Abgeordneten seien auf Grund einer falschen Listenaufstellung zustande gekommen, hat man die 4 Sozialdemokraten aus dem Parlament hinausgeworfen, obwohl doch auch die 6 freisinnigen Berliner Mandate auf Grund genau derselben Listenaufstellung zustande gekommen waren! Auch den angeblichen sozialdemokratischen Terror benutzte man als Vorwand für die Ungültigkeitserklärung — als ob nicht die öffentliche Abstimmung von vornherein die Absicht des Terrors beweise, als ob nicht gerade die Regierung ihren Beamten und Staatsarbeitern gegenüber die schmachvollste Estimation ihrer Bürgerrechte verübt!

Nun, das Berliner Proletariat wird den Dreiklassenmännern die gebührende Antwort geben! Aber das genügt nicht: die gesamte Arbeiterklasse muß fort und fort mit äußerster Energie den Kampf gegen die preussische Dreiklassenmacherei führen, muß den Wahlrechtssturm derartig steigern, daß das elendeste aller Wahlsysteme restlos hinweggerafft wird! Sechzig Jahre lang hat sich diese Maritatur eines Wahlrechts, die dem Volke durch die Bajonette aufgezwungen wurde, halten können. Die Schuld dafür trug die Jämmerlichkeit des immer kläglicher entartenden liberalen Bürgertums. Und die Schuld der Arbeiterklasse wäre es, wenn das Dreiklassenwahlrecht noch länger seine kulturwidrige Existenz fristen könnte! Der Proteststurm des Volkes, der millionenfach auf den Ruf: „Nieder mit der Dreiklassenmacherei! Her mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht!“ muß, zum Ortane anschwellen, dem nichts widerstehen kann!

Bewegung im Berufe.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

† **Buzug ist fernzuhalten nach Ekersbach b. Zwickau (Malzfabrik), Schwerin (Brennerei Rauch), Mainz, Groß-Gerau und Meran (Südbier).**

† **Boylottiert ist der „Doornik“-Schnaps und die Kornbranntwein-Brennerei Fr. Degens Nachfolger, Inhaber A. Stegemann Söhne, Nordhausen.**

Brauereien.

† **Wieslab. Tarifvertrag.** Mit der Brauerei Wiegand wurde ein Tarifvertrag vereinbart und dabei folgende Verbesserungen für die Kollegen erzielt. Die Arbeitszeit wird um eine halbe Stunde täglich gekürzt. Ueberstunden an Wochentagen werden pro Stunde mit 60 Pf., solche Sonntags mit 60 Pf. extra bezahlt. Die Dujour an Sonntagen wird mit zwei Mark vergütet. Die Lohnserhöhungen betragen 3 Mk. bis 3,50 Mk. pro Woche. Bei Liekungen wird 14 Tage lang der volle Lohn, bei Krankheitsfällen 14 Tage lang die Lohn Differenz gewährt. Urlaub ohne Lohnkürzung wurde neugeschaffen.

Den Erfolg haben die Kollegen ihrer Einheitsorganisation zu danken.

† **Burgdamm. Tarifvertrag.** Mit der Brauerei Winters wurde ein neuer Tarifvertrag vereinbart. Die Arbeit wird um 1/2 Stunde pro Tag verkürzt, die Lohnsätze erfahren eine Erhöhung. Die Ueberstunden wurden gleichfalls erhöht. Urlaub ohne Lohnkürzung wird entsprechend dem Dienstalter von 2 bis 7 Tagen gewährt.

† **Gera.** Unsere am 26. Mai stattgefundenen Mitgliederversammlung besaßte sich eingehend mit der Frage bezügl. Kündigung des Lohns. Koll. Galleiter E. Stöcklin suchte in seinem einleitenden Referat aus, daß der bestehende Tarif noch viele Mängel aufweise und durchgehend eine Revision bedürfte. Es seien Städte, z. B. Erfurt, Weimar, Altenburg usw. mit viel jüngeren Tarifen, welche bedeutend günstiger für die Arbeiter sind. Die steigenden Wohnungsmieten, immer mehr direkte und indirekte Steuern drücken den Arbeiter immer mehr, weshalb auch die Löhne unzureichend sind. Den technischen Fortschritten angemessen, ist auch eine Arbeitszeit von 10 Stunden, wie schon das große Meer der Arbeitslosen beweist, nicht mehr zeitgemäß. Leider hat aber die heilige Arbeiterzeit unter der wirtschaftlichen Krise noch arg zu leiden, was sich speziell in den Brauereien außerordentlich fühlbar macht. Die diesjährige Geschäftskonjunktur bietet noch keinerlei Garantie, daß die vorhandenen Mängel ausgemerzt und alles Fehlende in einer Tariferneuerung nachgeholt werden kann. Trotzdem, Kollegen, dürfen wir einer eventuellen Lohnbewegung nicht mit bangem Herzen aus dem Wege gehen, sondern müssen uns fragen, ob der gegenwärtige Zeitraum dazu angetan ist, einen auch den heutigen Verhältnissen angemessenen Tarifvertrag abzuschließen.

In einer sehr lebhaften Diskussion wurde das Für und Wider reichlich erörtert, doch sprachen sich die meisten Redner gegen die Kündigung des Tarifs unter den jetzigen Verhältnissen aus. Gegen acht Stimmen wurde beschlossen, von einer Kündigung des Tarifs Abstand zu nehmen. — Hierauf legte Koll. Stöcklin den Anwesenden ans Herz, der Organisation mehr Interesse entgegenzubringen, wie es verschiedenes bis jetzt getan und forderte auf, bis zum nächsten Jahre tüchtig zu agitieren, damit bald auch der letzte Mann in unseren Reihen steht.

† **Samburg. Tariferneuerung.** Der mit der Silberer Brauerei vereinbarte Tarifvertrag wurde um 1 Jahr verlängert. Dabei wurde die Arbeitszeitverkürzung um 1/2 Stunde pro Tag und Lohnserhöhung von durchschnittlich 2,50 Mk. pro Woche erzielt. Die Sätze für Ueberstunden sowie diejenigen für Sonntagsarbeit wurden um je 5 Pf. erhöht.

† **Kiel.** Die Lohnbewegung ist beendet, der Tarif neu abgeschlossen. Der alte Tarifvertrag, der Mitte Mai abließ, war in einer Reihe von Punkten nicht mehr den heutigen Verhältnissen entsprechend. Weshalb die Kollegen mit neuen Forderungen an die Unternehmer herantraten. Diese übergaben die Angelegenheit dem Kieler Arbeitgeberverband.

Die Verhandlungen waren äußerst langwierig und schien ein Kampf unvermeidlich, da die Unternehmer teilweise keine, teilweise nur äußerst geringe Zugeständnisse machen wollten. Erst die letzten fünf bis sechs Wochentage geschlossenen Verhandlungen zeigten ein annehmbares Resultat. Wir werden in der nächsten Nummer über die Bewegung und das Ergebnis näher berichten.

† **Rattenburg a. S. Sauber.** Infolge Vorgehens seitens des Brauereiarbeiterverbandes wurden für die in der Ueberbrauerei beschäftigten Kollegen einige Verbesserungen erzielt. Der Jahreslohn des Fahrpersonals wurde in Wochenlohn umgewandelt, die hierbei erzielten Verbesserungen betragen mindestens vier bis fünf Prozent. Nichtgetrunenes Freibir wird mit 15 Pf. pro Liter entschädigt. Die Arbeitszeit für alle im inneren Betrieb beschäftigten Personen wird ab 1. Juli 1909 um eine Stunde verkürzt und die Sonntagsarbeit eingeschränkt. In Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse ist das ein schöner Erfolg.

† **Segeberg in Holstein. Tariferneuerung.** Durch Konflikt ging das Bürgerliche Brauhaus, Segeberg, in andere Hände über. Auf die neue Firma Bürgerbräu, G. m. b. H., Segeberg wurde der alte Tarif unverändert übertragen. Gültigkeit zwei Jahre.

† **Zwickau. Tarifvertrag.** Mit der Klissbrauerei, G. m. b. H., in Mülsen-St. Kliss ist ein auf 3 Jahre

gültiger Tarifvertrag abgeschlossen worden. Die Direktion wollte zunächst mit dritten Personen nichts zu tun haben und glaubte man die Leute mit Verprechungen zufriedenzustellen; schrieb doch der Direktor nach Eingabe unserer Forderung an Kollegen Meier: „Die Direktion beabsichtigt in nächster Zeit sowie so Lohnserhöhungen vorzunehmen.“ Nur durch die Einigkeit der Kollegen, die alle dem Verband angehören, war es möglich, daß die Direktion sich dazu bewegen ließ, mit der Organisation zu verhandeln.

Der Tarif, der am 1. Juni in Kraft tritt, bringt für die Brauereiarbeiter eine wöchentliche Lohnaufbesserung von 10 bis 15 Proz., Ermäßigung der Arbeitszeit um 1-2 Stunden täglich, Bezahlung der Ueberstunden und Urlaub bis zu einer Woche unter Fortzahlung des Lohnes. Für unverschuldete Versäumnisse bei Berufung durch Militär- und Zivilbehörden, familiären Vorkommnissen bis zu 1 Tag, militärischen Übungen bis zu 14 Tagen werden ebenfalls keine Abzüge vom Lohn gemacht. Bei Krankheitsfällen wird die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld auf die Dauer von 14 Tagen vergütet. Ferner werden nicht verwendete Biermarken zum Preise von 15 Pf. pro Liter rückvergütet. Eivil. Streitigkeiten werden nur mit den Vertretern der Organisation geregelt. In Anbetracht der teilweise kurzen Mitgliedschaft ist dies ein schöner Erfolg für die Kollegen. Der Umstand aber, daß alle Brauereiarbeiter der Organisation angehören, brachte die Verbesserung nur durch Festhalten an der Organisation kann auch das Erzeugnis nur erhalten werden.

Die Brauereiarbeiter im oberen Vogtland mögen sich daran ein Beispiel nehmen und endlich einsehen lernen, daß nur durch den Eintritt in die Organisation ihre traurige Lage verbessert werden kann.

Bier-Niederlagen.

† **Kassel.** Der Lohnkampf in der Bierniederlage Kassenauer u. Marldorf. Eine am 2. Juni abgehaltene öffentliche Brauereiarbeiterversammlung nahm Stellung zu der Aussperrung der organisierten Arbeiter der Biergroßhandlung Kassenauer u. Marldorf. Das rigorose Vorgehen dieser Firma gegen ihre Arbeiter ist in keiner Weise gerechtfertigt. Es herrschen in diesem Betriebe noch Zustände, die unter allen Umständen reformbedürftig waren. Eine Arbeitszeit von 12-14 Stunden und noch länger war an der Tagesordnung; dabei wurden Löhne von 17 bis 21 Mk. gezahlt. Ein Kollege, der einen Wochenlohn von 23 Mk. bekam, mußte an manchen Tagen 15-16 Stunden arbeiten, ohne jegliche Vergütung für Ueberstunden. Der seitens der Arbeitgeberseite am 22. Mai eingereichte Tarifvertrag enthielt den heutigen Verhältnissen entsprechend sehr minimale Forderungen. Trotzdem stellte sich die Firma diesen Forderungen ablehnend gegenüber. Bereits am 25. Mai erfolgte die Entlassung sämtlicher im Betriebe beschäftigten Arbeiter, weniger wegen der eingereichten Forderungen als wegen der Weigerung der Kollegen, mit der Firma direkt zu verhandeln. Die Herren stellten sich auf den Standpunkt des „Herrn im Hause“ und vertraten die Ansicht, daß sie nicht nötig hätten, mit der Organisation zu unterhandeln. Nun, wir sind der Ansicht, daß auch die Firma Kassenauer u. Marldorf einsehen wird, daß die organisierte Arbeiterklasse heute ein Faktor ist, mit dem auch sie zu rechnen hat. Das, was sie heute noch nicht einsehen will aus purer Verblendung, haben vor ihr schon viele Unternehmer einsehen müssen, die genau auf demselben Standpunkt standen wie die Firma Kassenauer u. Marldorf.

Eine sehr zweifelhafte Rolle in dem Kampfe, in dem es sich hauptsächlich um die Anerkennung der Organisation handelt, spielt die Brauerei Kropf. Schon vor der Aussperrung bemerkten wir, daß die Brauerei Kropf mit der Firma G. u. M. bezüglich der Tarifangelegenheit in Verbindung steht; als dann die Aussperrung perfekt war, ließen sich verschiedene Kunden von G. u. M. von einem anderen Flaschenbierhändler Bier kommen und da verweigerte die Brauerei Kropf diesem Flaschenbierhändler rundweg die Bierlieferung. Eine solche Parteinarbeit obengenannter Brauerei in einem Kampfe um die vitalsten Interessen der Arbeiter muß entschieden zurückgewiesen werden. Sehr komisch wirkt das jegliche Verhalten der Firma Kropf, wenn man die Stellungnahme der vereinigten Brauereien von zwei Jahren und die jetzige Stellungnahme der Brauerei Kropf vergleicht. Damals ist die Brauereivereinigung durch ihren Vertreter Herrn Dr. Dellebe an den Brauereiarbeiterverband herangegangen mit dem Ersuchen, behilflich zu sein bei der Weseitigung der in Kassel herrschenden Schmutzkonkurrenz, das heißt der Brauereiarbeiterverband solle den Brauereien helfen, die auswärtigen Biere aus Kassel zu entfernen. Die Firma Kassenauer u. Marldorf ist nun diejenige, die vornehmlich mit fremden Biere arbeitet, nur ein kleiner Teil Kasseler Biere wird durch sie vertrieben. Die Brauerei Kropf hatte also jetzt die schönste Gelegenheit, zu zeigen, daß ihr an der Weseitigung der Schmutzkonkurrenz wirklich etwas gelegen ist, indem sie sich in dem Kampfe der Arbeiter mit G. u. M. neutral hielt. Aber weit gefehlt, denn es geht ja gegen die Arbeiter; da sind sich die Herren einig. Die schöne Gelegenheit, dem beschwerten Brauereiarbeiterverbande ein auszuweisen zu können, darf doch nicht verpaßt werden. Nun, es fragt sich bloß noch, wer in diesem Kampfe, den wir bis auf's Äußerste führen werden, ein auszuweisen bekommt! Einwilligen haben wir keine Veranlassung, gegen die Brauerei Kropf vorzugehen, sollte aber die Sache weitergreifen, so werden wir nachdrücklich ein Veto gegen dieses Gebaren einlegen.

Zu weiteren Verläufe der Versammlung kamen verschiedene Mitstände, kleinliche, schättsche Vorkommnisse in den hiesigen Brauereien zur Sprache. Das Sonntagsbierausfahren, welches in letzter Zeit wieder stark überhand genommen hat, wurde einer eingehenden Kritik unterzogen und beschlossen, die Biere, welche in Zukunft des Sonntags Bier kommen lassen, im „Vollblatt“ zu veröffentlichen. Nach reger Debatte über diese Angelegenheiten wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heutige, im Gewerkschaftshause tagende öffentliche Brauereiarbeiterversammlung nimmt Kenntnis von den Differenzen mit der Firma Kassenauer u. Marldorf und beurteilt entschieden das Eingreifen der Brauerei Kropf, welche einem Flaschenbierhändler der Kundschaft von G. u. M. übernahm, das Bier einzuführen. Die Versammlung ersieht hierin eine öffentliche Parteinarbeit seitens der Brauerei Kropf. Sollte sich dieses Gebaren erweitern, so verspricht die Versammlung, alles aufzubieten, diesen Kampf zu unseren Gunsten durchzuführen. Ferner beurteilt die heutige Versammlung ganz entschieden die Nadelstichpolitik einiger Brauereien, welche die kleinlichen Mittel in Anwendung bringen, um die Arbeiterklasse zu brüskieren. Sie wünscht, daß derartige Fälle besser eingekragt werden als bisher, anderenfalls die Verbandsleitung beauftragt wird, alles aufzubieten, um unser Recht zur Anerkennung zu bringen.“

† **Kennstedenleben.** Infolge Verhandlungen unseres Gauleiters Kollegen Unger erhalten die beim Bierverleger Herrn Vogt beschäftigten und im Brauereiarbeiterverband organisierten Kollegen pro Woche umgesetzten Bieres und pro 100 Liter zurückgebrachte Flaschen je 10 Pf. Provision. Das Sonntagsbierfahren soll eingestellt werden.

Bier-Niederlagen, Mineralwasserfabriken.

† **Ferford. Streit.** Seit dem 2. Juni stehen die Kollegen der Firma Lucas, Bierniederlage und Mineralwasserfabrik im Streit. Unsere Organisation hat mit der Firma einen Tarifvertrag vereinbart, der am 1. Juni in Kraft treten sollte. Aber im letzten Augenblick weigerte sich Herr Lucas, den Vertrag zu unterzeichnen. Es wurde von der Organisationsleitung alles versucht, die Angelegenheit auf friedliche Weise zu erledigen, jedoch ohne Erfolg. Herr Lucas wollte bis zum 1. Oktober Zeit haben, sich die Sache nochmals zu überlegen. Daß wir uns hierauf nicht einlassen konnten, ist klar, und Herr Lucas bejähigte uns das selbst. Er äußerte sich in der Kundschaft dahin, jetzt hätten die Noten die Macht, weil die Konjunktur eine gute sei, aber im Herbst wolle er es der S. bande schon zeigen.

Aber auch die Frau des Herrn Lucas nahm regen Anteil an den Verhandlungen und betonte bei dieser Gelegenheit, daß auch sie ein Proletarierkind sei, sie lese auch mit Vorliebe die „Vollwacht“ und freue sich immer, wenn sie lese, daß die Arbeiterklasse ihre Lage verbessere. Das treffe aber bei ihnen nicht zu, ihre Arbeiter wären nicht organisiert; das seien überhaupt keine Arbeiter, Gauleiter seien es. Es folgten dann noch mehrere derartige Schmideleinreden. Sehr naiv meinte sie dann noch, wir, die Organisationsleitung, sollten zuerst bei ihrer Konkurrenz vorgehen und nicht bei ihnen den Anfang machen. Am 2. Juni verließen nun zehn Arbeiter den Betrieb, allerdings nicht ohne einen letzten Versuch zur Einigung gemacht zu haben, indem sie Herrn Lucas erklärten, weiter arbeiten zu wollen, wenn er den Vertrag anerkenne. Lucas erklärte, sich überhaupt nicht mehr auf Verhandlungen mit der Organisation einzulassen. Darauf erst verließen unsere Leute den Betrieb. Nun zeigte sich der dort beschäftigte Meister, bis jetzt Mitglied des Transportarbeiterverbandes, in glänzendem Lichte. Er ging sofort nach dem Arbeitsnachweis, um Leute zu holen. Als er dort unsere Kosten vorband, holte er sich polizeiliche Hilfe und bekam dann auch vier Mann. Doch diesen schien die Sache nicht recht geheimer zu sein. Trotz guter Bewirtung von seiten der Frau Lucas verließen die vier Mann mittags den Betrieb wieder. Zwei Mann, welche obiger Meister in Begleitung des Buchhalters von der Herberge herbeiholte, machten ebenfalls vor dem Tor wieder kehrt, als die Posten sie auf die Situation aufmerksam machten. Sonderbare Ansichten scheinen die Herren über die Verwendung der Polizeibeamten zu haben. So telephonierte der Buchhalter Wehmeier gestern morgen der Polizei: „Unsere Leute streiken, wir bitten, uns einen Posten vor den Betrieb zu stellen. Herr Lucas ging noch weiter, er versprach den paar Streikbrechern, welche er hat: Es bekommt jeder einen Schuhmann mit auf den Beckl. Doch die Polizei hat allem Anschein nach mehr Verständnis. Es ließ sich, nachdem der Gewerkschaftssekretär Schmidt Beschwerde bei der Polizeikommission erhoben hatte, weil morgens ein Schuhmann die Arbeitswilligen begleitet hatte, ohne daß eine Befestigung stattgefunden hätte, keine Polizei mehr sehen. Der Polizeikommissar sagte, daß ihm von der Begleitung nichts bekannt sei.

Bezahlt wurden bisher den Hilfsarbeitern bei der Einstellung 2,20 Mk., Höchstlohn war 2,50 Mk. pro Tag. Die verbeirateten Bierfahrer erhielten monatlich 75 Mk., ledige 70 Mk. bei einer täglichen Arbeitszeit von 15, 16 bis 18 Stunden. Wenn angefaßt solcher Köhne Herr Lucas noch davon spricht, die Arbeiter hätte er auch über Winter gehalten ohne Lohnabzüge zu machen, und die Arbeiter sollten sich erst mal den Speck von den Rippen herunter arbeiten, welchen sie sich den Winter über angeessen hätten, so ist das die reinste Ironie. Bei derartigen Löhnen wird sich wohl nicht viel Speck ansehen können. Dabei entläßt Herr Lucas zum Winter doch seine Arbeiter, welche er nicht mehr braucht.

Am 3. Juni verließen weitere zwei Arbeiter den Betrieb, es blieben nur drei Mann einschließlich des Meisters dort. Lucas hat den um Arbeit Anfragenden bereits höhere Löhne geboten. Wenn nun Lucas sich schon dazu herbeiläßt, so mag er doch den Tarif anerkennen und der Streik ist beendet.

Nach dreitägiger Dauer wurde der Streik mit vollem Erfolg beendet.

Korrespondenzen.

Samburg. In der gut besuchten Versammlung am 25. Mai ließen sich 31 Kollegen aufnehmen. Den Bericht vom Schiedsgericht und Kuratorium erstattet Döllinger. Im Schiedsgericht sind folgende Sachen erledigt: Die Wabariauerei wollte das sogenannte Abschleppsystem wieder einführen, indem die selbe mittags 12 Uhr Schicht machen und dann abends 6 Uhr wieder anfangen ließ. Die Beschwerde der Kollegen hierüber beim Schiedsgericht wurde dahin geregelt, daß ihnen die Zeit, welche sie abschleppen mußten, seitens der Wabariauerei vergütet wird. Die Angelegenheit der beiden Heizer auf der Marientaler Brauerei wurde ebenfalls zu deren Gunsten erledigt. Ferner eine Sache Komtra Wabariauerei wurde dahin erledigt, daß der Heizer für seinen tarifmäßigen Lohn erhält und die Zeit, wo der Kollege für 26 Mk. wöchentlich gearbeitet (es kommt beinahe ein ganzes Jahr heraus), die Differenz zwischen 26 und 31 Mk. nachbezahlt bekommt. — In der Kuratoriumssitzung am 4. Mai wurde über folgende Anträge verhandelt: 1. Antrag des Bundesvereins, in § 9 Absatz 1 die Frist von 4 auf 6 Monate zu verlängern, wurde nach Ergänzung des Antrages durch Kollegen Döllinger in der Fassung angenommen, daß die Karenzzeit von 6 Monaten auch auf diejenigen ausgedehnt wird, die wegen Betriebsbeschränkungen ausgefällt werden. 2. Antrag des Bundesvereins, lautend: Ist die Betriebsleitung befugt, einzelne Arbeitnehmer außer der in dem Betrieb festgesetzten allgemeinen Arbeitszeit (also früher oder später) anfangen zu lassen, oder sind die Stunden, welche vor der auf jener Brauerei als allgemeine Arbeitszeit festgesetzten Periode gemacht werden, als Ueberstunden zu vergüten? Kollege Döllinger erklärte hierzu, der Antrag sei schlecht formuliert, er möchte dem 1889er Verein anheimgeben, denselben zurückzunehmen, denn es ist doch selbstverständlich, daß die Brauereien laut ihrer Arbeitsordnung die Zeit vor und nach der festgesetzten Arbeitszeit als Ueberstunden bezahlen müssen, worauf der 1889er Verein seinen Antrag zurückzog. 3. Antrag des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter, die Entlassung des Stallmannes Giese absetzen der Sanzen Ww. Brauerei für unberechtigt zu erklären. Dieser Antrag wurde dahin erledigt, daß Giese von der Sanzen Ww. Brauerei mit 81 Mk. entlassen wurde. 4. Antrag des selben Verbandes auf Festsetzung der Bedeutung des Wortes Minimallohn für Maschinisten und Heizer im Lohnsätz für den Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter. Als Antragsteller begründet Kollege Jochmann von den Maschinisten und Heizern unseres Verbandes den Antrag wie folgt: Bei Festsetzung des Lohnsätzes sei es nicht der Sinn der Abmachung gewesen, die Anfangslohne bei Neueinstellungen von Maschinisten und Heizern mit 30 Mk. allgemein zu normieren, sondern diejenigen Brauereien, welche bei Inkrafttreten des jetzigen Tarifs schon mehr wie 30 Mk. Einstellungslohn zahlten, sollten auch verpflichtet sein, diesen Einstellungslohn beizubehalten und nicht auf 30 Mk. zurückgehen können. In der Debatte hierüber erklärt Direktor Strauß, daß die Brauereien dem nicht statgeben können und sich nur an den Tarif halten. In der Versammlung stellt Jochmann den Antrag, die Sache noch einmal zur Verhandlung ins Kuratorium gelangen zu lassen, welcher auch angenommen wurde. 5. Antrag Unterstützungsgeld des Heizers Dehau, vormalig auf der Marientaler Brauerei, wurde dahin erledigt, daß der Kollege eine Unterstützung seitens der Kuratoriumskasse von 150 Mk. erhält.

Ueber die Wabariauerei wurde betrefß der vielen Ueberstunden im Flaschenkeller, wöchentlich 30-35 Stunden, Ichhafte Lage geführt. Diese Angelegenheit wurde dem Vorstand überwiesen. Auch über die Marientaler Brauerei wurde Lage geführt, indem dort Brauer nur auf Prozentsatz eingestellt werden.

Ferford. Der Stallmeister Lohmann der Brauerei Flaschenkeller gibt den Kollegen viel zu Klagen Veranlassung. Kürzlich wurde ein Kutscher Franz, dem Lohmann selbst den Krankenschein ins Haus brachte. Lohmann ist nämlich auch Krankenskontrollleur und hat als solcher, die Krankenscheine zu unterschreiben. Als der Kutscher nun seine Arbeit wieder aufnehmen, bat er Lohmann, den Schein zu unterschreiben. Dieser gab ihm zur Antwort: „Es geht auch so.“ Im Vorlage muß aber dieser Schein auch dem Kassierer der Brauerei vorgelegt werden, damit der betreffende Arbeiter laut Tarif 1/2 seines Lohnes abzüglich des gesetzlichen Krankengeldes erhält. Der Kassierer weigerte sich aber, den Lohn auszugeben, weil der Schein von seinem Kontrollleur unterschrieben sei; nun kommt Stallmeister Lohmann und sagt

aus, er wüßte gar nicht, daß der betreffende Vierfahrer krank war. Ferner bekam unlängst ein Vierfahrer eine Tour zugeteilt, die nicht so weit war, so daß der betreffende Vierfahrer frühzeitig zurück sein konnte; das paßte aber dem Stallmeister Lohmann und seinem Schilling Miete nicht recht. Letzterer sollte nämlich eine weitere Tour fahren. Was tut Lohmann? Er ändert einfach die Touren ab, so daß der andere Vierfahrer die weiteste Tour bekommt, sein Schilling die nähere; die Ausrede, daß dies mit Rücksicht auf die Pferde geschehe, ist nicht stichhaltig, da der andere Vierfahrer ebenfalls leichte Pferde hat. Nun wäre unter normalen Verhältnissen dies Gebahren noch zu entschuldigen gewesen, aber das Bild bekommt ein anderes Gesicht durch die näheren Umstände. Die Frau des ersten Vierfahrers lag nämlich in den Wochen; nachdem dieser die Forderung der Touren erfahren hatte, fragte er Lohmann, wie es komme, daß er nun die weitere Tour fahren müsse, und teilte ihm gleichzeitig mit, daß seine Frau schwanger sei. Vom menschlichen Standpunkt aus sollte man nun annehmen, Lohmann hätte es mit Rücksicht auf das Familienereignis bei der ersten Anordnung belassen, aber weit gefehlt im Bräutigam sagte er dem betreffenden Vierfahrer: „Was ich geschrieben habe, habe ich geschrieben.“ Die Touren werden nämlich auf einer Tafel angezeichnet.

Es scheint Herrn Stallmeister Lohmann absofort nicht zu gefallen, daß auch die Vierfahrer sich ihrer Organisation angegeschlossen haben, denn nur gegen diese geht er in oben geschilderter Weise vor. Wir haben ja schon von seinem Schilling Miete gesprochen, dieser, sowie ein Vierfahrer Petering sind Lohmanns Schillingobjekte; es darf vorhin schon erwähnt werden, daß er sich mit Lohmann hinterfragt, von wo aus es alsdann nach höherer Stelle gemeldet wird. Zum Lohn werden diese beiden von Herrn Lohmann bezogen. Man erwartet eigentlich, daß Leute, die derartige Kosten bekleiden, unparteiisch sind. So hatte dieser Miete neulich einen Wagen zum Vorgefahren, den die Woche zuvor ein anderer Vierfahrer gefahren hatte und den dieser auch geschildert hatte. Letzterer hatte nun eine weitere Tour als Miete, und mußte deshalb des Morgens früher wegfahren. Nun nahm er selbstverständlich den Wagen wieder, welchen er die Woche zuvor fuhr und den er in Ordnung gehalten hatte. Doch darüber große Entrüstung bei oben genanntem Trio; das muß gerochen werden. Es wurde gemeldet, und der Verbrecher bekam eine Belehrung, die dahin ging, daß er sich wenn so etwas einmal vorstelle, nicht mehr mit dem Wagen, Pferde und Vierfässern abzugeben brauche, deutlich gesagt, die Entlassung zu gewärtigen hat. Aber auch vor Taktlosigkeit schreckt Herr Lohmann nicht zurück. So sagte er erst unlängst einem Vierfahrer vor die Brust und wollte ihn zum Stall hinausweisen. Bei dieser Gelegenheit äußerte er, er wolle den Reiten schon heißen (gemeint waren dabei die organisierten Vierfahrer). Herrn Stallmeister Lohmann möchten wir im Interesse des Friedens den guten Rat geben, in Zukunft einen wie den anderen zu behandeln.

Vertrieben (Mittelfr.) In der Brauerei Leonhard Wehr erkrankte noch recht traurige Zustände. Die Arbeitszeit beginnt früh 4-4 Uhr und dauert gewöhnlich bis 8 Uhr abends. Erst kürzlich wurde um 10 Uhr abends Schluss gemacht. Pausen gibt es nur kurze Zeit oder schließlich gar keine. Die Einnahme von Abgaben muß im raschesten Tempo geschehen, damit ja nichts verfaulen wird. Die gesetzlichen Bestimmungen betreffend Sonntagsruhe existieren für Herrn Wehr nur sehr wenig. Die Arbeiter müssen an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen schlafen, wie es diesem Herrn in den Kram paßt, und zwar von früh 4 Uhr bis mittags 10-12 Uhr. Die Kost ist abends unzureichend. Die Brauerei gleicht einem Taubenstall; besonders in der letzten Zeit ist dieser Herr in Verlegenheit geraten, da innerhalb 3 Wochen 4 oder 5 Vierfässer verstorben waren. Kürzlich wollte ein Kollege noch vier holen für sämtliche Burchen, da um 12 Uhr erst Feierabend war; allein er wurde mit schroffen Worten empfangen: „Was, so spät noch vier, wenn's Euch nicht paßt, jage ich Euch alle zum Teufel“, weshalb ein Kollege dieses Geschäft verließ. Herr Wehr hat doch schon längere Zeit in größeren Betrieben gearbeitet, aber dort wird er die Drillerei nicht erfahren haben, wie er sie heuteutage in seinem Geschäft ausübt. Auch dieser Herr wird seine Geschäftspraxis einer Revision unterziehen, wenn die Kollegen sich dem Brauereiarbeiterverband anschließen.

Kabrig. In wenigen Tagen werden die Brauereiarbeiter Aohurg etwas ganz Besonderes zu erleben haben. Die „Harmonie“ zwischen Kapital und Arbeit soll hergestellt werden. Ja, was wird aus der Brauereiarbeiter erleichternd wirken, wenn die alte Burchenberlichkeit wieder einmal gepriesen wird, wie es gar - ach, es ist ja unvergleichlich -, als die Brauereiarbeiter von Aohurg noch nichts von einer Organisation wußten. Wie dieselben nach von 3 oder 4 Uhr früh bis abends 7 und 9 Uhr arbeiten mußten, und das harmonische Zusammenleben soweit ausgebaut war, daß fast jeden Tag geschäftet wurde und es zuzuging in den Brauereien, wie in einem Taubenstall. Wo die jetzigen Verfechter der „Harmonie“ durch jegliche Schikanierung das sogenannte „Buchen“ veranlassen konnten, und man sich um die organisierte Arbeitererschaft nicht zu kümmern braucht.

Das 25jährige Jubiläum des Brauereiverbands findet statt. Bis jetzt ist durchgeleitet, daß der „Bund“ die Ausgiebigkeit seines „Geistes“ vollziehen will. Nach der „Bundeszeitung“ zu schließen, die ja jetzt an allen gewöhnlichen und ungewöhnlichen Orten zu finden ist, werden auch eine Anzahl Bundesvereine dazu beitragen wollen - denn Siegert hat es jedenfalls gesagt -, einen Bundesverein zu gründen. Eigentlich hatte Siegert geplant, schon vor dem Fest die Schafe in den Stall zu bringen, jedoch die Herren Wacker vom Ganzen glauben selbst nicht an die Gründung eines Bundesvereins. Und so soll erst das Jubiläum gefeiert werden. Dann will man erst einen Versuch machen. Eine Anzahl Bundesvereine haben ja auch ihre Erhebungen gemacht, um ihren „Bundesverein“ begründen zu können. Die geplante Versammlung, in welcher der Bundesrat Siegert seine „Harmonie“ predigen wollte, soll freilich nach dem Jubiläum verschoben werden, damit die auf Zuwachs bestehende Vereine nicht abgelehrt werden, wenn es aus der Gründung nichts wird. Wissen doch die Brauereibesitzer selbst, daß die organisierten Arbeiter von Aohurg, Sonneberg und Umgebung nicht gewillt sind, den an und für sich schon schweren Kampf ums Dasein sich von solchen im Dienste des Kapitals stehenden Organisationsversuchern noch mehr erschweren zu lassen.

Herr Hamrich, Vorsitzender des Brauereiverbands, ehemaliger Brauereiarbeiter, jetzt rühmlichst avancierter Vorderbursche in der Brauerei Sturm, wird wohl selbst nicht mehr daran glauben wollen, nachdem derselbe auf einen in „Thüringer Volksfreund“ erschienenen Artikel von seinem Arbeitgeber auf die Konsequenzen aufmerksam gemacht worden war, einen Bundesverein aus der Taufe zu heben. Die organisierten Brauereiarbeiter samt der Arbeitererschaft sind auf dem Tanne. Um aber die Brauereiarbeiter über die geschehene Tätigkeit des Bundes den Arbeitern gegenüber aufzuklären, findet am Sonntag, den 13. Juni, eine öffentliche Brauereiarbeiterversammlung statt. Sorge um jeder Kollege dafür, daß jeder Brauereiarbeiter, gleichviel, welcher Kategorie von Arbeitern er angehört, in der Versammlung erscheint. Kollegen, agitiert fleißig für die Versammlung, damit wir uns diese Elemente vom Leibe halten. Wir brauchen eine Organisation, die gewillt aber auch fähig ist, unsere noch rüchständigen Verhältnisse zu bessern. Und das ist nur der Brauereiarbeiterverband.

Strasburg. Als ein erster Mahnruf für unsere Berufskollegen von Strasburg und Umgebung müssen einige Vorkommnisse aus letzter Zeit betrachtet und beachtet werden. In der Brauerei Schilberger, Schillingheim, verunglückte vor kurzem unser früheres Mitglied, der Vierfässer Karl Kern, dadurch, daß er beim Nemenaufsteigen ausrutschte und so unglücklich auf den Absteller fiel, daß ihm derselbe in die Bauchhöhle eindrang und solche schweren Verletzungen verursachte, daß Kern bald darauf unter größtlichen Schmerzen starb. Kollege K. hat vor 6 oder 7 Monaten seine Beitragszahlung eingestellt, trotz der Mahnung von verschiedenen Seiten, und trotzdem er jetzt 5 Jahre Mitglied wäre. Den Grund seines Verhaltens hat er vorher geheim gehalten, wollte aber später denfalls angeben; nun ist es leider zu spät. Wenn man auch nicht behaupten kann, daß Kern, wenn er bei der Organisation geblieben wäre, heute noch am Leben wäre, denn ein organisierter Arbeiter kann ebenso verunglücken, so steht doch die Tatsache fest, daß der organisierte Arbeiter, der seine Pflicht erfüllt, seine Beiträge bezahlt, die Versammlung besucht, sein Fachorgan und die Arbeiterpresse liest, mit mehr Vorsicht und Überlegung arbeitet, und zwar deshalb, weil er immer wieder daran erinnert wird, daß er Mensch und nicht Arbeitstier ist, daß es seine Pflicht ist, schon aus Rücksicht auf seine Frau und Kinder, daß er auf seine Gesundheit und sein Leben achtet. Nun verliert die Familie des verunglückten Kollegen nicht nur die 75 Mk. Sterbegeld, sondern auch noch andere Vorteile, denn bekanntlich sind unsere Verbandskollegen, besonders bei solchen Fällen, stets bereit, Opfer zu bringen. Ein anderer Fall, der sich in demselben Betriebe abspielte, hat folgenden charakteristischen Inhalt. Der Schrotmüller Gramlich war zu Anfang, als unsere Organisation in der Brauerei Fuß faßte, ein Befürworter derselben und hatte selbst schon Kollegen aufgefördert, in die Betriebsversammlungen zu gehen. Lange dauerte dies allerdings nicht, denn kaum hatte er sich selbst der Organisation angeschlossen, zog er andere Seiten auf. Er wollte sich ein rotes Köckchen durch Zuträgerei verdienen und hat deshalb auch dem Verband wieder den Rücken gekehrt und gegen denselben gearbeitet, jedenfalls in dem Wahn, eine Lebensstellung zu besitzen. Aber der Krug geht so lange zum Brummen bis er bricht. Gramlich fand nämlich, daß der Waser, der für die Pferde der Brauerei bestimmt war, auch für seine Kanarienvögel nicht schlecht sein kam. Er füllte deshalb seine Hofentwässer mit diesem Produkt und machte sich so des Diebstahls schuldig. Die Folge war, daß dies von der verantwortlichen Person der Direktion gemeldet wurde. Gramlich verlegte sich aufs Leugnen, benutzte aber dafür einen anderen Kollegen, der es auch unumwunden eingestand, daß er denselben Fehler wie Gramlich begangen habe. Für seine Offenheit wurde er sofort entlassen. Gramlich wurde dagegen von der Direktion angetreten, wenn er unschuldig sei, sich dies von dem Gericht attestieren zu lassen, indem er den Kollegen, der ihn pflichtgemäß gemeldet hat, wegen Verleumdung verklage. In der Verhandlung wurde Gramlich überführt, daß er Safer gestohlen hatte und mußte deshalb auch entlassen werden. So war die „sichere“ Existenz zum Teufel. Aber Gramlich ruhte nicht, er legte Verwufung ein. Allein alles umsonst und Gramlich mußte tränenden Auges einsehen, daß es eigentlich richtiger gewesen wäre, er wäre in der Organisation geblieben und hätte mit den anderen Kollegen Hand in Hand dafür gesorgt, daß er einen auskömmlichen Lohn erhielt, dann hätte er die paar Hände voll Safer kaufen können, wäre nicht zum Dieb und Demagogen geworden und Direktion und Braumeister hätten sicher mehr Achtung vor ihm gehabt, als wenn er nun doch nach dem Sprichwort selber in die Grube gefallen ist, die er andern gegraben hatte.

In der Brauerei Schneider wurden 4 Mann wegen Arbeitsmangel entlassen, auch ein Vorkommnis, das um diese Jahreszeit noch nie da war. Nichts schützt den Arbeiter vor den Folgen der Krisis als seine Organisation, aber nicht der christliche Hilfs- und Transportarbeiterverband, sondern der Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter. Auch müßt es nicht, wenn man sich schweibedelnd vor den Herren tritt und da winzelt, „Derr ich bin nicht wie die andern organisiert, sondern bis heute bin ich brav geblieben und habe mich nirgends angegeschlossen.“ Deswegen kennt der Besitzer, Direktor oder Braumeister keine Gnade, sondern wenn der Profit bedroht wird, haben alle diese Widlinge keinen Wert, und es wird die nächste Gelegenheit benutzt, einen alten, unrentablen Brauereiarbeiter zu befeitigen. So kam es auch, daß in der Brauerei Gruber u. Cie. der Oberkäufer, der 30 Jahre dort beschäftigt war, entlassen wurde, allerdings soll dieser Kollege ziemlich dem Trunk ergeben sein.

Dies sind einige Daten, die noch beliebig vermehrt werden könnten, aber diese zeigen schon jedem vernünftigen Menschen, daß es so nicht weiter gehen kann, daß es eitel Wahn ist, wenn man glaubt, wenn ich mich nicht organisiere, bin ich nach oben hin besser angefahren. Das ist ein Trugbild, eine Selbsttäuschung ist, wenn man glaubt, wenn man von der Organisation fernbleibt, sei seine Existenz gesichert. Nein, Kollegen, Arbeitsbrüder, das Gegenteil ist der Fall! Schließt Euch deshalb dem Deutschen Brauereiarbeiterverband Mann für Mann an, helft dadurch die Zahlstelle Strasburg zu einer kräftigen Vertreterin Eurer Interessen ausbauen und so mander Schicksalschlag wird zu Euren Gunsten pariert werden können.

Ulm. Der Vierfahrer Josef Gäßler von Oberlindberg, beschäftigt in der Gießbrauerei in Ulm, mußte am 17. Mai infolge eines Unglücksfalls sein Leben lassen. Gäßler mußte ziemlich spät noch eine Landtour fahren. Um zirka 1/8 Uhr abends, auf dem Heimwege, wollte er den Wagen besteigen, glitt dabei aus und kam unglücklicherweise unter den Wagen zu liegen, wobei ihm die Hüftschale eingedrückt wurde. Ohne das Bewußtsein nochmals erlangt zu haben, war dieser 21jährige Mann in zwei Stunden eine Leiche. Gäßler war stets ein nucherner Arbeiter und bei seinen Nebenfolgen beliebt, ebenso ein bewußter Verbandskollege. Er hat es mit seinen Pflichten im Arbeitsverhältnis sehr ernst genommen, trotzdem wurde von einer gewissen Seite versucht, diesen Unglücksfall auf Trunkenheit zurückzuführen. Es wäre eine Bosheit, für diesen bedauerlichen Unglücksfall irgendwen verantwortlich zu machen, zum mindesten aber könnte die überlange Arbeitszeit der Vierfahrer in Ulm viel mehr in ursächlichem Zusammenhang solcher Unfälle gebracht werden als Trunkenheit. Nachweislich werden die diesen Unfälle der Vierfahrer durch eine geregelte Arbeitszeit am besten vermieden. Gerade jetzt, wo die Lage der Ulmer Kollegen eine gespannte ist, müßen die Vierfahrer von Ulm sich diesen bedauerlichen Unglücksfällen als Warnung dienen lassen und sich samt und sonders dem Verbandsangehörigen anschließen. Erst wenn dieses geschehen, dann kann den Ulmer Kollegen Rechnung getragen werden.

Am zirka 1/8 Uhr abends, auf dem Heimwege, wollte er den Wagen besteigen, glitt dabei aus und kam unglücklicherweise unter den Wagen zu liegen, wobei ihm die Hüftschale eingedrückt wurde. Ohne das Bewußtsein nochmals erlangt zu haben, war dieser 21jährige Mann in zwei Stunden eine Leiche. Gäßler war stets ein nucherner Arbeiter und bei seinen Nebenfolgen beliebt, ebenso ein bewußter Verbandskollege. Er hat es mit seinen Pflichten im Arbeitsverhältnis sehr ernst genommen, trotzdem wurde von einer gewissen Seite versucht, diesen Unglücksfall auf Trunkenheit zurückzuführen. Es wäre eine Bosheit, für diesen bedauerlichen Unglücksfall irgendwen verantwortlich zu machen, zum mindesten aber könnte die überlange Arbeitszeit der Vierfahrer in Ulm viel mehr in ursächlichem Zusammenhang solcher Unfälle gebracht werden als Trunkenheit. Nachweislich werden die diesen Unfälle der Vierfahrer durch eine geregelte Arbeitszeit am besten vermieden. Gerade jetzt, wo die Lage der Ulmer Kollegen eine gespannte ist, müßen die Vierfahrer von Ulm sich diesen bedauerlichen Unglücksfällen als Warnung dienen lassen und sich samt und sonders dem Verbandsangehörigen anschließen. Erst wenn dieses geschehen, dann kann den Ulmer Kollegen Rechnung getragen werden.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbur.: Schillerstr. 6 IV, Berlin O. 27. Fernspr.: Amt VII, 276. Diese Woche ist der 24. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Dringend ersucht werden Gauleiter und Zahlstellenbarshände, nach statgfundenen Differenzen und erledigten Lohnbewegungen baldmöglichst vermittelst der hierzu vorhandenen Fragebogen zu berichten. Bei erledigten Lohnbewegungen sind etwa abgeschlossene Tarifverträge mit einzufenden.

Dieser Tage sind den Zahlstellenvorständen Fragebogen über die Todesursachen der während der letzten Monate verstorbenen Mitglieder zugegangen. Um baldmöglichste Zurücksendung derselben wird gebeten.

Ueber den Ausgang derjenigen Prozesse, wozu der Hauptverband Rechtschutz erteilt, ist nach Erledigung derselben an den Hauptvorstand zu berichten.

Notizkalender unseres Verbandes für 1909 sind noch eine Anzahl Exemplare zum Verkauf vorhanden. Preis 50 Pf.

Eingänge der Hauptkasse

vom 1.-6. Juni.

- Für Beiträge: Genf 16,80; Unteramprach 4,20; Berlin 10,-; Leipzig 6,80; Gildesheim 7,40; Berlin 10,-; Andernach 70,-; Stettin 600,-; Weidenbrunn 5,-; Gera 250,-; Nübel 45,10; Ulm 5,-; Drunet 5,-; Dierdorf 1,80; Wiesenburg 12,-; Gildesheim 7,-; Wittenberg 22,66; Weimar 100,-; Ostlo 200,-.
- Für Zuzehale: Dortmund 2,10; Dortmund 2,10; Dresden 2,10; Kiel 2,10; St. Andreasberg 5,60; Hamburg 2,10; Stettin 2,10.
- Für Abonnements: Burgdorf 5,30; Gaur 9,80; Zürich 22,72.
- Für Notizkalender: Zipp (Oesterreich) -59; Ulm 1,-.
- Für Broschüren: Schwemingen 5,-.

Die Abrechnung für das 1. Quartal 1909 haben eingefandt: Köbel und Wittenberg a. Elbe.

Materialverfand.

Hamburg 100 Mitgliedsbücher, Göttingen 30 Mitgliedsbücher und 1600 Marken a 50 Pf., Garmburg 20 Mitgliedsbücher und 1000 Marken a 50 Pf., Mühlhausen i. Th. 2000 Marken a 50 Pf., Wankenburg 200 Marken a 50 Pf., Schwerin 1600 Marken a 50 Pf., Berlin 400 Marken a 30 Pf.

Veranstaltungenanzeigen.

- Freitag, den 11. Juni. Groß-Lichterfelde. 7 Uhr bei Frömming.
- Sonntabend, den 12. Juni. Bamberg. 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. Schwabg. 8 1/2 Uhr im Restaurant Borch. Gensheim. 8 1/2 Uhr in „Hoheluff“. Freiburg i. Br. 8 Uhr in Brauerei Gopler. Halberstadt. 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Gerberstr. 15. Oldenburg. 8 1/2 Uhr im Vereinshaus. Solingen. 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Vortrag. Walsfirch. 8 Uhr „Zur alten Post“. Witten. 8 1/2 Uhr bei Leich.
- Sonntag, den 13. Juni. Alpirsbach. 2 Uhr im alten Lokal. Furich. Bei Gastwirt Lambrecht in Sartum. Völsfeld. 7 1/2 Uhr abends bei Panneemann, Webereistr. 5. Vortrag Redakteur Hoffmann. Essen. 3 1/2 Uhr bei v. d. Loo. Referent Krüllig. Herford. 3 1/2 Uhr bei Fuhmann „Zur Hansfabrik“. Vortrag. Neuhaldensleben. 4 Uhr bei Herzog. Delsdorf. 2 1/2 Uhr. „Gasthaus zum Anker“. Netersen. 3 Uhr im Lokal Post.
- Dienstag, den 15. Juni. Berlin. Maschinisten, Geiger, Handwerker und deren Hilfsarbeiter, 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 3.
- Mittwoch, den 16. Juni. Berlin. Fahrer, Mitfahrer, Mecherbefahrer, Ställeute und Hofarbeiter, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1. Berlin. Flaschenkeller, Weibierarbeiter und diverse, 8 Uhr, Gewerkschaftshaus, Saal 4.
- Sonntabend, den 19. Juni. Berlin. Brauer und innere Betriebsarbeiter, 8 Uhr, Gewerkschaftshaus, Saal 1.

Einlagegelder erhalten:

Lindau 100 Mk., Regensburg 100 Mk., Güstrow 50 Mk., Frankfurt 1000 Mk., Magdeburg 100 Mk., Augsburg 30 Mk., Breslau 800 Mk., Nürnberg 400 Mk., Augsburg 20 Mk., Mannheim 400 Mk. Gesellschaftsbrauerer Augsburg. Walter Richter.

E. Friese, Niederwerritz i. Sa.
 Verfertiger von feinsten Werkzeugen aller Art.
 Doppelt II Lederbock, Hart u. Leder, nur 1,50 Mk.
 Doppelt III Lederbock, mittelfest, nur 2,50 Mk.
 Patent-Zylinderbock nur 4 Mk.
 14/150 cm, 2 1/2 Zoll Leder, nur 1,50 Mk.
 1/2 Zoll Leder, nur 1,50 Mk.
 1/2 Zoll Leder, nur 1,50 Mk.

Die STOEWER
 erobert sich die Welt!



Alle Vertriebsstellen
 25 Pf., verlangt gegen Nachnahme.
 W. A. Geiler, Wittenbrand.

Berufs-Bekleidung
 für Brauer, stiel. Berufe in stark solider Ausführung und billiger Preis.
 Herren-Kammiester 3,75 5,75 7,25
 Weste 2,25 2,85 3,60
 Jackett 5,25 6,25 10,25
 Herren-Druck-Leder 2,25 2,60 4,10
 Herren-lebdruck Leder 1,95 2,85 3,70
 Herren-Hemd, grau d. Brust 2,25 2,65
 Schul-Hemd 1,45 2,15

Berufs-Bekleidungs-Industrie
 Langg. 21. B. Th. Wahn, Schillerstr. 12.
 Katalog gratis. - Bei Bestellung, ges. gratis.
 Brosch. gratis od. Schriftlänge. Bestellan. gen. über 12 Mark portofrei.

Brauer od. Brauereiarbeiter
 get. in Berlin hochleg. Art. neben übermäßig hoch. Nebenberd. Ausk. vollst. abhängig. Fortw. Genm. Hoff. Juidan Za. Nordstr. 30.

Unsern Kollegen Leonhard Spöcker und seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die besten Glückwünsche.
 Die Abwärtskome der Aktienbrauerei Schwabhausen.

Vorteilhafteste Bezugsquelle der best. deutschen Jagd- u. Zubehörsachen, Nähmaschinen, Haushaltsmaschinen, Schneemaschinen, Stahlwaren, Musikinstrumente, Sportartikel.
 Verkauf zu billigsten Preisen direkt an Private ohne Zwischenhändler.
Deutsche Waffen- u. Fahrradfabriken
 Kreisanten 218 (Hanz)
 Lieferanten vieler Kräftlich Häuser.

Beachtigste meine in einer Kreis- nicht Bestpreisung gelegene
Dampfbrauerei mit Restauration und Saal
 umständlicher zu verkaufen. Anzahlung und Preis nach Ueberentwurf. Geht. Offerten unter R. T. 25 an die Exped. dieses Blattes erbeten.

Hauptkatalog (272 Seiten) umsonst u. portofrei ohne Kaufzwang.



Unsern Verbandskollegen Karl Krause und seiner lieben Frau zur Vermählung die herzlichen Glückwünsche.
 Zahlstelle Essen a. d. Ruhr.

Unsern Verbandskollegen Louis Sartmann und seiner lieben Frau Anna, geb. Hoff, zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.
 Zahlstelle Alfeld a. d. Leine.

Unserm Verbandskollegen Hermann Wende und seiner lieben Frau Hedwig, geb. Hauser, zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.
 Zahlstelle Essen a. d. Ruhr.

Unserm Verbandskollegen Friedrich Pollack und seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.
 Die organisierten Kollegen der Brauerei G. Goppolt, Berlin.
 Kollege verkauft effizientestes Obf- u. Kolonialwarengeschäft 20 Jahre bestehend, in jetziger Hand 15 Jahre. Güter Ueberkauf wird durch Käufer nachgewiesen. Käufer wird gründlich angeleitet. Offerten unter 1299 Postamt 43, Berlin.

Vergügnungs-Anzeigen.
 Weimat. Sonntag, den 13. Juni, Ausflug nach Jena. Abfahrt 8 Uhr früh vom Bahnhof. Diejenigen, welche früh Dienst haben, Abfahrt 10,34. Mittags Treffpunkt im Löwen, Jena. 1,45 Uhr nach Dornburg. Alles erscheinen.